



Berlin, den 25. Januar 2006

Feierliche Erklärung

Mitwirkung an der Neuausrichtung der deutsch-französischen Beziehungen

Mehr als vierzig Jahre nach der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages und im Bewusstsein der Verantwortung für unsere beiden Nationen und die Zukunft Europas bekräftigen der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Verband der französischen Bürgermeister die deutsch-französische Allianz.

Die Verbände halten an der deutsch-französischen Verständigung, die eine der Grundlagen der europäischen Integration bleibt, fest. In diesem Zusammenhang erinnern sie daran, dass die kommunalen Gebietskörperschaften der beiden Länder Hauptakteure dieser Verständigung sind. Die 2500 deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften zeigen die Beständigkeit dieser Beziehung. Diese haben es ermöglicht, an die gemeinsame Geschichte anzuknüpfen sowie die Jugend und die Zivilgesellschaft zusammenzuführen. Der Friede zwischen den Völkern ist dabei das primäre Ziel gewesen und die kommunalen Spitzenverbände tragen Sorge dafür, daß ein neuer Elan und eine neue Dynamik diese außergewöhnliche Bindung erlässt.

Die Kommunalpartnerschaften, eine Zusammenarbeit für die Zukunft

Die gewählten Kommunalvertreter unterstreichen ihren gemeinsamen Willen zur Kooperation auch in der Zukunft und bauen auf eine Verstärkung der kommunalpolitischen Beziehungen, seien sie durch die Zusammenarbeit zwischen den Verbänden oder durch direkte Partnerschaften geprägt.

Die Verbände ermuntern alle kommunalen Akteure der beiden Nationen, möglichst gemeinsam gegenüber den Organen der Europäischen Union aufzutreten und schließen in diesen Aufruf ausdrücklich auch die anderen europäischen kommunalen Verantwortungsträger mit ein. Sie wünschen ebenso, daß die Entwicklungshilfe einen wichtigen Platz in der Zusammenarbeit der Kommunalpartner findet. Für die Zukunft erwarten die Verbände, daß sich mehr deutsch-französische Aktionen im Nord-Süd Dialog entfalten. Aufgrund der räumlichen Nähe, ihrer Kompetenzen auf kulturellem, sozialem, wirtschaftlichem und umweltpolitischem Gebiet spielen die kommunalen Gebietskörperschaften eine Schlüsselrolle hinsichtlich einer globalen Entwicklungspolitik.

Gerade in der heutigen Zeit gewinnt die Zusammenarbeit zwischen den deutschen und den französischen Verbänden an großer Bedeutung, da sich stärker als früher neue Herausforderungen ergeben. In diesem Zusammenhang möchten die Verbände die Notwendigkeit betonen, die Sprache des jeweiligen Partners zu lernen. Denn das Erlernen der Sprache des anderen ist ein wirkliches Zeichen des Vertrauens in die Zukunft. Ferner regen die Verbände die Einrichtung einer technischen Zusammenarbeit sowie den Austausch von territorialen Führungskräften an, die zu einer in der Zukunft verstärkten Zusammenarbeit führen sollen. Themen wie die interkommunale Zusammenarbeit, die Dienstleistungen im allgemeinen öffentlichen Interesse sowie die kommunalen Kompetenzen im Sozialbereich umreißen signifikative Bereiche, in denen es eine mögliche Zusammenarbeit der Verbände und der Kommunalpartner geben könnte. Darüber hinaus sollte sich diese Zusammenarbeit auf die Gebietskörperschaften der neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausdehnen, um der Erweiterung eine kommunale Basis zu geben.

Die großen europäischen Vorhaben, wie z.B. die Schaffung eines Binnenmarktes und eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, hatten und haben einen erheblichen Einfluss auf die territoriale Politik und die örtliche Verwaltung im Alltag. Folglich muss es verstärkt zu einer direkten Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen kommunalen Gebietskörperschaften kommen. Es besteht hier eine echte Interessengemeinschaft zwischen den Partnern, trotz der Unterschiede in der Art des innerstaatlichen Aufbaus.

Verstärkte Zusammenarbeit auf der Europäischen Ebene

Wie schon erwähnt ist eine Zusammenarbeit bezüglich der europäischen Fragen von lokaler Dimension in der Zukunft unentbehrlich. Die Verbände haben während der Verhandlungen hinsichtlich der Entwicklung der Daseinsvorsorge diese Dimension zu einem zentralen Thema der Kommunen gemacht. Wenn ein europäisches Sozialmodell existiert - wie es die europäische Kommission nicht müde wird, zu wiederholen - dann sind die Kommunen, speziell die deutschen und französischen Verbände, dazu aufgerufen, zusammen zu handeln; insbesondere um ein Gleichgewicht zwischen dem Wettbewerb und dem öffentlichen Interesse zu finden. Die Verbände sind an das Prinzip der Selbstverwaltungsgarantie und der freien Wahl der örtlichen wirtschaftlichen Dienste gebunden. Die Verbände fordern im übrigen die französische und deutsche Regierung auf, darüber zu wachen, dass die kommunalen Gebietskörperschaften einen wichtigen Part innerhalb der Strukturfonds und anderer Gemeinschaftsprogramme, die unverzichtbar für den Zusammenhalt der EU und ihre Raumordnung sind, bekleiden.

Die hier dargestellte Interessenskoalition eröffnet im übrigen ein zusätzliches Gewicht für den gesamten deutsch-französischen Anspruch auf Europäischer Ebene. Es ist deshalb um so wichtiger, dem deutsch-französischen Motor eine kommunale Dimension zu geben.

Die Verbände wünschen, daß die kommunalen Verbände auf Europäischer und nationaler Ebene einen angemessenen Platz im Rahmen eines strukturierten Dialogs einnehmen, der von der Kommission geführt werden sollte. In der Tat ist es unverzichtbar, einen thematischen Dialog zu initiieren, in dem alle Europäischen und nationalen Verbände ihren Platz finden.

Die Konsultation der Kommunalverbände durch die Kommission muß deshalb einen gesicherten Platz im Entscheidungsprozeß haben, um zu verhindern, daß die Auswirkung der Europäischen Gesetzgebung auf der lokalen Ebene, meist zuständig für die Umsetzung, nicht vernachlässigt wird und daß die lokalen Interessen gewahrt bleiben.

Die Verbände wünschen ausdrücklich die Teilnahme von Vertretern anderer Mitgliedsstaaten an ihren Überlegungen, denn es muss hier mehr als **eine** Avant-Garde zweier Mitgliedsstaaten im Zentrum des Europäischen Planes geben, die die Bedeutung dieses großen humanen Projektes erfasst haben. Die deutschen und französischen Kommunalverbände unterhalten gute Beziehungen mit ihren Kollegen in anderen Mitgliedstaaten und arbeiten mit ihnen in Europäischen Fragen von kommunalem Belang zusammen. Die Zusammenarbeit zwischen den deutschen kommunalen Spitzenverbänden und der „Association des Maires de France“ sollte dabei als eine besondere Bereicherung einer ohnehin guten Beziehung verstanden werden.

Ein regelmäßigerer Erfahrungsaustausch

Die Frage nach der demographischen Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die kommunalen Gebietskörperschaften ist besonders bedeutsam auf beiden Seiten des Rheins und befördert nicht nur eine verstärkte Zusammenarbeit auf der Europäischen sondern ebenso einen Erfahrungs- und Praxisaustausch auf der lokalen Ebene.

Darüber hinaus existiert eine Interessensidentität in zahlreichen anderen Bereichen, wie z.B. im Umweltschutz und hier insbesondere in der Abfallbehandlung und der städtischen Umweltpolitik, sowie in der Kohäsionspolitik, im Bereich des ÖPNV und der Integrationspolitik; Themen, die sich besonders für einen Erfahrungsaustausch anbieten. Die Verbände wünschen hier einen informellen regelmäßigeren Meinungsaustausch.

Ein angemessener Platz innerhalb der deutsch-französischen Kooperation

Es ist gleichermaßen wichtig zu unterstreichen, daß die kommunale Gebietskörperschaft diejenige Organisationsform der beiden Länder ist, die am vergleichbarsten ist, sich folglich am nächsten steht und daher eine wichtige Rolle in der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern spielt. Die Verbände stehen somit den Regierungen im Rahmen ihrer Gipfeltreffen oder Ministerräten zur Verfügung, um ihnen Unterstützung hinsichtlich Fragen kommunaler Natur zu geben.

Die deutschen kommunalen Spitzenverbände und die „Association des Maires de France,, haben beschlossen, alle zwei Jahre ein offizielles Treffen zu organisieren, um die Anstrengungen in den kommunalen Gebietskörperschaften der beiden Länder zu unterstützen und um ihre Rolle in der Europäischen Konstruktion aufzuwerten.

Der Gleichschritt der Europäischen Herausforderungen mit denen die kommunalen Gebietskörperschaften konfrontiert sind, rechtfertigt die gemeinsame Vorgehensweise.